

Akteneinsicht im Verwaltungsrecht

Troidl

2. Auflage 2020
ISBN 978-3-406-74566-9
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Troidl
Akteneinsicht im Verwaltungsrecht

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, lowercase, orange sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three orange circles of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, uppercase, orange sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Akteneinsicht im Verwaltungsrecht

Informationszugang gemäß
VwVfG · VwGO · UIG · VIG · IFG ua

von

Dr. Thomas Troidl

Rechtsanwalt in Regensburg und
Fachanwalt für Verwaltungsrecht sowie
Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht
Lehrbeauftragter an der Bayerischen Verwaltungsschule

beck-shop.de
2. Auflage 2020
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 74566 9

© 2020 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Druckhaus Nomos,
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

„Quod non est in actis non est in mundo.“


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur zweiten Auflage

Das Recht der Akteneinsicht ist komplex, schon weil erst eine Kombination aus althergebrachten Verwaltungsgrundsätzen (§ 29 VwVfG) und neuen Ansätzen (UIG, VIG und IFG) eine erfolgreiche Mandatsbearbeitung ermöglicht. Der Umgang mit diesen Vorschriften erfordert genaue Kenntnis der – umfangreichen – Rechtsprechung, die bei Weitem noch nicht alle Fragen des Verhältnisses zwischen „altem“ und „neuem“ Recht geklärt hat, zumal das Recht auf Zugang zu Informationen in Deutschland nach wie vor eine zersplitterte Rechtsmaterie darstellt, ohne dass eine Besserung (Vereinheitlichung) in Sicht wäre.

Der vorliegende Praxisleitfaden verfolgt deshalb – nun schon in zweiter Auflage – einen zweifachen Ansatz: Nach dem einführenden ersten Kapitel wird im **zweiten Kapitel** – geordnet nach Mandatsbereichen bzw. Rechtsgebieten – die Akteneinsicht nach materiellem Recht dargestellt (Grundzüge des Informationsverwaltungsrechts), im **dritten Kapitel** deren prozessuale Durchsetzung bei Gericht (sozusagen Grundzüge eines Informationsverwaltungsprozessrechts). Dieser Aufbau hat sich bewährt, um sowohl bei der grundlegenden Bearbeitung des jeweiligen Mandats als auch in der konkreten Verfahrenslage einen schnellen Zugriff auf die aktuell interessierenden Informationen zu erschließen.

Ein Überblick zu den verfassungs- und europarechtlichen Grundlagen sowie den verschiedenen einfachgesetzlichen Regelungen öffnet und weitet im **ersten Kapitel** den Blick für das Thema; praktische Handreichungen schließen sich im **vierten Kapitel** an, bevor das **fünfte Kapitel** mit einem Ausblick auf die weitere Entwicklung das Ende markiert.

Zum schnellen Einstieg und besseren Überblick findet sich im Anhang (Erster Teil, I.) ein **Struktogramm** (der „Baum der Erkenntnis“), der dem Praktiker schon hier ans Herz gelegt sei. Neben verschiedenen Checklisten und weiteren Übersichten haben dort auch Muster für Schreiben und Schriftsätze ihren Platz gefunden.

Neu hinzugekommen sind in der zweiten Auflage zunächst einmal die neuen Ländergesetze: so gibt es nun auch in Baden-Württemberg ein Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen, das Hessische Datenschutzgesetz wurde immerhin um ein Informationsfreiheitsgesetz ergänzt; Rheinland-Pfalz und Thüringen sind Hamburg auf dem Weg zu einem (Landes-) Transparenzgesetz gefolgt.

Von aktuellem Interesse sind außerdem das Schicksal der Informationsfreiheitsgesetze nach dem (vom Verfasser erwirkten) „Inzell-Beschluss“ des VGH München (→ Rn. 88a ff.) und weitere spannende Fälle aus der neuesten Rechtsprechung (Auskunftsansprüche gegen Rechtsanwaltskammern, Umweltinformationen zu Dieselskandal, Atomausstieg und Stuttgart 21 sowie „Gastro-Kontrollbarometer“, „Hygiene-Ampel“ u.v.a.m.).

Verstärkte Behandlung haben daneben der Informationszugang in Zeiten der Datenschutz-Grundverordnung sowie die Akteneinsicht in elektronische Akten und im elektronischen Rechtsverkehr erfahren.

Vorwort zur zweiten Auflage

Schließlich zeichnen sich mehr und mehr prozessuale Konsequenzen der Informationszugangsgesetze für die Rechtspraxis (Anwaltschaft, Behörden und Verwaltungsgerichte) ab: die isolierte Klagbarkeit der (neueren) Informationszugangsansprüche (UIG, VIG und IFG) sowie deren (erleichterte) Durchsetzung im einstweiligen Rechtsschutz (Beschleunigungsgrundsatz).

Die Gesetzgebung hat den 1.3.2020 als Rechtsstand, Rechtsprechung und (Kommentar-) Literatur konnten noch bis zum Frühjahr 2020 berücksichtigt werden.

Hinweise, Anregungen und konstruktive Kritik sind stets willkommen (bitte an thomas.troidl@rae-schlachter.de). Ein Praxisleitfaden lebt vom Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit der Praxis.

Ein solcher ergab sich seit dem Erscheinen der ersten Auflage in zahlreichen Seminaren und Vorträgen, die der Autor bundesweit als Referent für und in Behörden, vor Rechtsanwälten, Verwaltungsrichtern und Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft halten konnte; das Destillat vielfältiger Fragen, Beiträge und Diskussionen ist auch in die vorliegende zweite Auflage eingeflossen.

Aktuelle Informationen und Inhalte zu diesen und künftigen Seminaren und Vorträgen finden Sie im Internet auf der Homepage: <https://www.schlachterkollegen.de/vortraege>.

Nachhaltiger Dank gilt dem Lektor (RA Dr. Wolfgang Lent) für die stets sach- und fachkundige Betreuung des Buchprojekts sowie dem Freund und Kollegen (RA Dr. Matthias Ruckdäschel) für dessen Begleitung und Erprobung in Theorie und Praxis.

Regensburg, im April 2020

Thomas Troidl

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV

Erstes Kapitel: Akteneinsicht de lege lata

(Einführung und Überblick)	1
I. Rückblick und Hinführung	1
II. (Grundrechtliche) Bedeutung von Akteneinsicht und Informationszugang	3
III. Weitere verfassungs- und europarechtliche Implikationen	10
IV. Einfachgesetzliche Regelungen (und Konkurrenzen)	15

Zweites Kapitel: Akteneinsicht nach Rechtsgebieten

(materielles Recht)	53
I. Akteneinsicht im (allgemeinen) Verwaltungsrecht: § 29 VwVfG	53
II. Akteneinsicht im Umwelt(informations)recht: das UIG	74
III. Akteneinsicht im Lebensmittelrecht: das VIG	92
IV. Akteneinsicht im Informationsfreiheitsrecht: das IFG	99
V. Akteneinsicht im Planfeststellungsrecht (§§ 72 ff. VwVfG)	116
VI. Akteneinsicht im Immissionsschutzrecht (BImSchG)	119
VII. Akteneinsicht im Bauplanungsrecht (BauGB)	122
VIII. Akteneinsicht im Bauordnungsrecht (BayBO ua)	128
IX. Akteneinsicht im Kommunalrecht (GO)	134
X. Akteneinsicht im Vergaberecht (GWB)	136
XI. Akteneinsicht im Öffentlichen Dienstrecht	139
XII. Akteneinsicht im Schul- und Hochschul(zulassungs)recht (Prüfungsrecht)	143
XIII. Akteneinsicht im Sozialrecht: § 25 SGB X	149
XIV. Akteneinsicht im Verwaltungsprozess: §§ 99, 100 VwGO	150
XV. Akteneinsicht im Ausländer- und Asylrechtsprozess	174

Drittes Kapitel: Akteneinsicht vor Gericht

(prozessuale Durchsetzung)	177
I. Strategische Vorüberlegungen	177
II. Akteneinsicht durch (ehemalige) Beteiligte (§ 29 VwVfG)	177
III. Informationszugang (Akteneinsicht) für (unbeteiligte) Dritte	188
IV. Akteneinsicht im Verwaltungsprozess (§§ 99, 100 VwGO)	207

Viertes Kapitel: Technischer Ablauf der Akteneinsicht

I. Zielsetzung dieses Kapitels	235
II. Einsicht in Behördenakten: Versuch einer Kategorisierung	235
III. Akteneinsicht in sieben Schritten (Checkliste im Anhang)	237

Fünftes Kapitel: Akteneinsicht de lege ferenda

I. Vergleich der Informationszugangsrechte	241
--	-----

Inhaltsübersicht

II. Entwicklungslinien der Rechtsprechung	241
III. Ausblick und Forderungen an den Gesetzgeber	244
Anhang	
Erster Teil: Übersichten und Checklisten	247
Zweiter Teil: Muster für Schreiben und Schriftsätze	252
Dritter Teil: Deckblatt zur Archivierung	260
Sachverzeichnis	261


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur zweiten Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV

Erstes Kapitel: Akteneinsicht de lege lata (Einführung und Überblick)	1
I. Rückblick und Hinführung	1
1. Wissen ist Macht (knowledge is power)	1
2. Vom Grundsatz des Amts- und Aktengeheimnisses zum Prinzip der beschränkten Aktenöffentlichkeit	1
3. Paradigmenwechsel durch UIG, VIG und IFG	2
4. Informationszugang durch Auskunft und Akteneinsicht	3
II. (Grundrechtliche) Bedeutung von Akteneinsicht und Informationszugang	3
1. (Verfahrens-) Rollen und Grundrechtspositionen (GG)	3
2. Passive Sonder(rechts)beziehung („Opferrolle“)	4
a) Menschenwürde	4
b) Recht auf informationelle Selbstbestimmung	4
c) Rechtsweggarantie und Gebot effektiven Rechtsschutzes	5
3. Aktive Sonder(rechts)beziehung (Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess)	6
a) Anspruch auf rechtliches Gehör	6
b) Rechtsstaatsprinzip und Recht auf ein faires (Verwaltungs-) Verfahren	6
4. Keine Sonder(rechts)beziehung („Nullposition“)	7
a) Demokratieprinzip („freedom of information“)	7
b) Transparenzgebot (Öffentlichkeit der Verwaltung)	8
c) Informationsfreiheit?	8
5. Zwischenergebnis	10
III. Weitere verfassungs- und europarechtliche Implikationen	10
1. Supranationale Grundlagen und Unionsrecht	10
a) Allgemeine Erklärung der Menschenrechte	10
b) Europäische Menschenrechtskonvention vom 4.11.1950	10
c) Aarhus-Übereinkommen vom 25.6.1998	11
d) Impulse des Unionsrechts	11
2. Verfassungen der (neuen) Bundesländer	13
a) Umweltinformationen	13
b) Weitere Informationen	14
IV. Einfachgesetzliche Regelungen (und Konkurrenzen)	15
1. Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess	15
a) Verwaltungsverfahrensgesetz	15
b) Flurbereinigungsrecht	15
c) Immissionsschutzrecht, § 10 Abs. 3 S. 2 BImSchG	16
d) UIG und UVPG	16
e) Verbraucherinformationsgesetz	18

Inhaltsverzeichnis

f) IFG, IZG und Informationsfreiheitsgesetzen	18
g) Verwaltungsgerichtsordnung	22
2. Akteneinsicht in verwandten Verfahren(sordnungen)	23
a) Vergabeverfahren und (Nachprüfungs-) Verfahren vor der Vergabekammer	23
b) Sozialverfahren	23
c) Finanzverfahren	24
d) Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren	25
3. Weitere Informationszugangsrechte	26
a) Schul- und Hochschul(zulassungs)recht (Prüfungsrecht)	26
b) Öffentliches Dienstrecht (Personalakteneinsichtsrecht)	26
c) Akteneinsicht in der Bauleitplanung (§ 10 Abs. 3 BauGB)	27
d) Kommunalrecht	28
e) Weitere Informationsquellen	30
f) Einsicht in (teil-) öffentliche Register	38
g) Eigen-Auskunftsrechte (Betroffener)	45
h) Presse-Recht auf Auskunft	50
Zweites Kapitel: Akteneinsicht nach Rechtsgebieten (materielles Recht)	53
I. Akteneinsicht im (allgemeinen) Verwaltungsrecht: § 29 VwVfG	53
1. Voraussetzungen	53
a) Verwaltungsverfahren (Widerspruchsverfahren)	53
b) Informationsrecht: für Beteiligte und Vertreter	56
c) Informationspflicht: aktenführende („federführende“) Behörde	57
d) Erforderlichkeit	57
e) Keine Ausnahmen (§ 29 Abs. 2 VwVfG)	59
2. Rechtsfolge	64
a) Gebundener Anspruch, kein Ermessen	64
b) Anspruchsinhalt und -umfang	64
c) Modalitäten der Akteneinsicht	66
d) Verwaltungskosten (Gebühren und Auslagen)	71
3. Besonderheiten in den Bundesländern	72
a) Bayern	72
b) Berlin: Verweis auf das IFG durch § 6 VwVfG	73
c) Brandenburg: Mitteilungs- und Begründungspflicht	73
d) Nordrhein-Westfalen: Übersendung von Akten in Kanzleiräume	73
e) Schleswig-Holstein	73
II. Akteneinsicht im Umwelt(informations)recht: das UIG	74
1. Voraussetzungen	74
a) Informationsrecht: für jede Person	74
b) Informationspflicht(ige Stelle): § 2 Abs. 1 UIG	75
c) Anspruchsgegenstand: Umweltinformationen (§ 2 Abs. 3 UIG)	77
d) Vorhandene oder bereitgehaltene Umweltinformationen (§ 2 Abs. 4 UIG)	82
e) Keine Ausnahmen (Ablehnungsgründe), §§ 8 und 9 UIG	83
2. Rechtsfolge	91
a) Anspruchsinhalt: Wahlrecht des Antragstellers	91
b) Modalitäten der Akteneinsicht	91
c) Kosten (Gebühren und Auslagen)	91
3. Besonderheiten in den Bundesländern	92
a) Bayern: Gebühr bis 2.500 EUR	92
b) Niedersachsen: Kostenerstattung stets mit Bescheid	92

Inhaltsverzeichnis

III. Akteneinsicht im Lebensmittelrecht: das VIG	92
1. Gesetzeszweck und Anwendungsbereich (§ 1 VIG)	92
2. Voraussetzungen	93
a) Informationsrecht: für jeden	93
b) Informationspflicht(ige Stelle): § 2 Abs. 2 VIG	94
c) Anspruchsgegenstand: vorhandene Informationen (§ 2 Abs. 1 S. 1 VIG)	94
d) Keine Ausnahmen (Ausschluss-, Beschränkungs- und Ablehnungsgründe)	95
3. Rechtsfolge	98
a) Anspruchsinhalt: Wahlrecht des Antragstellers	98
b) Modalitäten der Akteneinsicht	98
c) Kosten (Gebühren und Auslagen)	98
IV. Akteneinsicht im Informationsfreiheitsrecht: das IFG	99
1. Voraussetzungen	99
a) Informationsrecht: für jeden	99
b) Informationspflicht(ige Stelle): § 1 Abs. 1 IFG	100
c) Anspruchsgegenstand: amtliche Information (§ 2 Nr. 1 IFG)	101
d) Vorhandene (amtliche) Information	102
e) Keine Ausnahmen (Ablehnungsgründe)	103
2. Rechtsfolge	110
a) Anspruchsinhalt: Wahlrecht des Antragstellers	110
b) Modalitäten der Akteneinsicht: Kopien (§ 7 Abs. 4 S. 1 IFG)	110
c) Kosten (Gebühren und Auslagen)	110
3. Besonderheiten in den Bundesländern	111
a) Berlin	111
b) Brandenburg	112
c) Hamburg	113
d) Hessen	113
e) Mecklenburg-Vorpommern: Informationsrecht für Personenvereinigungen	114
f) Nordrhein-Westfalen	114
g) Rheinland-Pfalz: nur relativer Schutz privater Belange	115
h) Schleswig-Holstein: nur relativer Schutz privater Belange	115
V. Akteneinsicht im Planfeststellungsrecht (§§ 72 ff. VwVfG)	116
1. Rechtsfolge: „nur“ Ermessen (§ 72 Abs. 1 Hs. 2 VwVfG)	116
2. Einsichtsrecht anerkannter Naturschutzvereinigungen	117
3. Umweltinformation(sansprüche) in der Planfeststellung	117
4. Planfeststellung von Deponien	119
5. Besonderheiten in den Bundesländern	119
a) Berlin: IFG	119
b) Schleswig-Holstein: nicht nur Ermessen	119
VI. Akteneinsicht im Immissionsschutzrecht (BImSchG)	119
1. Zusammenhang zwischen Auslegung und Einwendung(sausschluss)	119
2. Akteneinsicht während der Auslegung (§ 10 Abs. 3 S. 2 BImSchG)	120
3. Umweltinformation(sansprüche) im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren (Akteneinsicht nach der Auslegung)	121
a) Umweltinformationen (Auswirkungen auf Umweltbestandteile)	121
b) Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse als Ablehnungsgrund	122
VII. Akteneinsicht im Bauplanungsrecht (BauGB)	122
1. Einsicht in den verkündeten Bebauungsplan	122

Inhaltsverzeichnis

a) Einsicht und Auskunft nach § 10 Abs. 3 S. 2 BauGB	122
b) Planerhaltungsrechtliche Auskunftspflicht: § 214 Abs. 1 S. 2 BauGB	124
2. Einsicht in die Entwürfe während der öffentlichen Auslegung	125
a) Zusammenhang zwischen Beteiligung und Stellungnahmen	125
b) Anspruchsinhalt und Kosten(freiheit)	126
3. Umweltinformation(sansprüche) in der Bauleitplanung	126
4. Einsicht in den Umlegungsplan	128
VIII. Akteneinsicht im Bauordnungsrecht (BayBO ua)	128
1. Verfahrensrollen: Bauherr und Nachbar	128
2. Voraussetzungen	128
a) Nachbarn als Unbeteiligte	128
b) Nachbarn als Beteiligte im Genehmigungsverfahren	129
c) Mögliche (potentielle) Nachbarn	130
3. Rechtsfolge	130
a) Anspruchsumfang	130
b) Kopien und Urheberrecht	131
4. Umweltinformation(sansprüche) im Baugenehmigungs- und bauaufsichtlichen Verfahren	131
a) Umweltinformationen (Emissionen, Lebensbedingungen, Bauwerke)	131
b) Modalitäten der Akteneinsicht: Kopien	134
IX. Akteneinsicht im Kommunalrecht (GO)	134
1. Rechte aller Gemeindebürger, Art. 54 Abs. 3 S. 2 GO	134
a) Niederschriften über öffentliche Sitzungen (Art. 52 Abs. 2 S. 1 GO)	134
b) Niederschriften über nichtöffentliche Sitzungen (Art. 52 Abs. 2 S. 2 GO)	135
c) Zwischenergebnis	135
2. Rechte der Gemeinderatsmitglieder, Art. 54 Abs. 3 S. 1 GO	136
a) Niederschriften über öffentliche Sitzungen (Art. 52 Abs. 2 S. 1 GO)	136
b) Niederschriften über nichtöffentliche Sitzungen (Art. 52 Abs. 2 S. 2 GO)	136
X. Akteneinsicht im Vergaberecht (GWB)	136
1. Verfassungsunmittelbarer Auskunfts- und Informationsanspruch vor staatlicher Auftragsvergabe (Linienverkehr)	136
2. Vergabeverfahren und Verhältnis zum IFG	137
3. Nachprüfungsverfahren (§ 165 Abs. 1 GWB)	137
a) Spezialität gegenüber dem IFG	137
b) Informationsrecht für (Verfahrens-) Beteiligte (§ 162 S. 1 GWB)	137
c) Keine Versagungsgründe (§ 165 Abs. 2 GWB)	137
4. Verhältnis zum IFG nach Vergabe(nachprüfung)	139
XI. Akteneinsicht im Öffentlichen Dienstrecht	139
1. Beamtinnen und Beamte (§ 110 BBG, Art. 107 BayBG ua)	139
a) Voraussetzungen	139
b) Rechtsfolge	141
2. Angestellte	142
XII. Akteneinsicht im Schul- und Hochschul(zulassungs)recht (Prüfungsrecht)	143
1. Besondere Bedeutung der Akteneinsicht	143

Inhaltsverzeichnis

a) Spezielle Grundrechtspositionen	143
b) Obliegenheit des Prüfungsteilnehmers, Rügen zu substantiieren	144
2. Voraussetzungen	144
a) Anwendungsbereich	144
b) Erforderlichkeit (rechtliches Interesse)	145
c) Keine Ausnahme (§ 29 Abs. 2 Fall 3 VwVfG) für Prüfungsakten	145
3. Rechtsfolge: gebundener Anspruch	146
a) Anspruchsinhalt und -umfang	146
b) Modalitäten der Akteneinsicht: Kopien	148
4. Besonderheiten in den Bundesländern	148
XIII. Akteneinsicht im Sozialrecht: § 25 SGB X	149
1. Voraussetzungen	149
a) (Sozial-) Verwaltungsverfahren	149
b) Keine Ausnahmen (§ 25 Abs. 3 SGB X)	149
2. Rechtsfolge	149
a) Ablichtungen (Kopien): § 25 Abs. 5 SGB X (samt elektronischer Akte)	149
b) Informationsmittler für Gesundheitsakten (§ 25 Abs. 2 SGB X)	150
XIV. Akteneinsicht im Verwaltungsprozess: §§ 99, 100 VwGO	150
1. Voraussetzungen	150
a) Verwaltungsgerichtsverfahren	150
b) Informationsrecht: für Beteiligte	151
c) (Zweistufige) Informationspflicht	152
d) Ohne Erforderlichkeit	153
e) Keine Ausnahmen (§ 99 Abs. 1 S. 2 VwGO)	153
2. Rechtsfolge	160
a) Gebundener Anspruch und Ermessen, Zuständigkeit	160
b) Anspruchsinhalt und -umfang	160
c) Modalitäten der Akteneinsicht	166
d) Kosten (Auslagen)	173
XV. Akteneinsicht im Ausländer- und Asylrechtsprozess	174
1. Voraussetzungen (Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes)	174
2. Rechtsfolge	175
a) Ort der Akteneinsicht (§ 82 AsylG)	175
b) Abschriften (Kopien)	175
c) (Keine) Kosten (Auslagen)	175
d) Anspruchsinhalt und -umfang: Asylfaktendokumentationen	175
e) Auskunft der Behörde über Ermessensrichtlinien	176
Drittes Kapitel: Akteneinsicht vor Gericht (prozessuale Durchsetzung)	177
I. Strategische Vorüberlegungen	177
II. Akteneinsicht durch (ehemalige) Beteiligte (§ 29 VwVfG)	177
1. Akteneinsicht im (noch anhängigen) Verwaltungsverfahren	177
a) Statthafte Klageart (VA?)	177
b) Grundsätzlich keine isolierte Klage (ohne Hauptsache)	179
c) Rüge (mit) der Hauptsache: Verfahrensfehler, Heilung, Unbeachtlichkeit	183
d) Einstweiliger Rechtsschutz?	184
2. Akteneinsicht nach dem (beendeten) Verwaltungsverfahren	185
a) Reichweite von § 29 VwVfG	185
b) Isolierte Klage (da Hauptsache)?	186

Inhaltsverzeichnis

c) Statthafte Klageart bei „neuer“ Aktenbitte (VA)	187
d) Einstweiliger Rechtsschutz: keine „Vorwegnahme der Hauptsache“ ..	187
III. Informationszugang (Akteneinsicht) für (unbeteiligte) Dritte	188
1. Keine Beteiligung („fremdes“ Verwaltungsverfahren)	188
a) Antrag auf Hinzuziehung gemäß § 13 Abs. 2 VwVfG	188
b) Isolierte Klage (Nichtbeteiligter)	188
c) Einstweiliger Rechtsschutz	189
2. Gar kein Verwaltungsverfahren: UIG, VIG und IFG	190
a) Antrag	190
b) Antragsbegründung	190
c) Beteiligung (berührter) Dritter	191
d) Entscheidung durch VA (mit Doppelwirkung), § 35 S. 1 VwVfG ...	191
e) Statthafte Klageart	192
f) Entscheidungsfrist	194
g) Bedeutung der Entscheidungsfrist für die Untätigkeitsklage	195
h) Isolierte Anfechtung (da Hauptsache)	196
i) Vorverfahren und Antrag auf nochmalige Prüfung	196
j) Verwaltungsrechtsweg: § 6 Abs. 1 UIG und § 40 Abs. 1 S. 1 VwGO	196
k) Einstweiliger Rechtsschutz	197
l) Keine Revision	201
m) Bundes- und Landesbeauftragte(r) für Datenschutz und Informationsfreiheit	202
3. Allgemeines Akteneinsichtsrecht (nach Ermessen, Treu und Glauben)	202
a) Zusammenhang mit Akteneinsicht nach dem Verwaltungsverfahren	202
b) Voraussetzungen	203
c) Rechtsfolge	206
d) Isolierte Klage (da Hauptsache)	207
e) Einstweiliger Rechtsschutz: keine „Vorwegnahme der Hauptsache“ ..	207
IV. Akteneinsicht im Verwaltungsprozess (§§ 99, 100 VwGO)	207
1. Keine Anforderung der Behördenakten durch das Gericht	208
2. Keine (anforderungsgemäße) Vorlage der Akten durch die Behörde ...	208
a) Durchsetzung der Vorlagepflicht aus § 99 Abs. 1 S. 1 VwGO	208
b) Nach § 99 Abs. 1 S. 2 VwGO verweigerte Vorlage (Sperrerklärung)	209
c) Zwischenverfahren vor dem Fachsenat (§ 99 Abs. 2 VwGO)	217
d) Auswirkungen auf das Hauptsacheverfahren	224
e) Sonderregelung im Telekommunikationsrecht: § 138 TKG	225
f) Sonderregelungen für Stasi-Unterlagen: § 31 StUG	227
3. Keine (antragsgemäße) Akteneinsicht bei Gericht	227
a) Entscheidung des Urkundsbeamten	228
b) Entscheidung des Vorsitzenden (Berichterstatters)	229
c) Entscheidung des Gerichtspräsidenten	231
4. Kostenfolgen der Einsicht in (erst auf Klage hin) vorgelegte Akten ...	231
a) Erledigung des Rechtsstreits in der Hauptsache: § 161 Abs. 2 VwGO	231
b) Untätigkeitsklage: § 161 Abs. 3 VwGO	232
c) Verschulden eines Beteiligten: § 155 Abs. 4 VwGO	232
5. Schadensersatz wegen Amtspflichtverletzung	233

Inhaltsverzeichnis

Viertes Kapitel: Technischer Ablauf der Akteneinsicht	235
I. Zielsetzung dieses Kapitels	235
1. Einstiegshilfe für Junganwälte und „Zivilisten“	235
2. Standards für Fachleute (Benchmarking)	235
II. Einsicht in Behördenakten: Versuch einer Kategorisierung	235
1. Akteneinsicht in der Kanzlei	235
a) Einsicht in Originalakten	235
b) Einsicht in (zum Verbleib) übersandte Kopien	236
2. Akteneinsicht bei der Behörde	236
a) mit Kopien	236
b) ohne Kopien	237
c) Ohne Kopien, ohne Fotos, ohne Scans (unter Aufsicht)	237
III. Akteneinsicht in sieben Schritten (Checkliste im Anhang)	237
1. Vorbereitung und Zieldefinition	237
2. Auswahl und Priorität	238
3. Blätterrichtung	238
4. Fokus und Raster	238
5. Abschlussbetrachtung	239
6. Dokumentation und Archivierung (Deckblatt)	240
7. Information des Mandanten	240
Fünftes Kapitel: Akteneinsicht de lege ferenda	241
I. Vergleich der Informationszugangsrechte	241
II. Entwicklungslinien der Rechtsprechung	241
1. Erlass der VwGO (21.1.1960)	241
2. In-Kraft-Treten des VwVfG (1.1.1977)	242
3. UIRL, Aarhus-Übereinkommen, UIG, VIG und IFG	243
4. Vom Informationsverwaltungsrecht zum Informationsverwaltungsprozessrecht	243
5. Resümee: Prägung durch Gesetzgeber	243
III. Ausblick und Forderungen an den Gesetzgeber	244
1. Verfassungsrechtliche Verankerung des Grundrechts auf Information	244
2. Konvention des Europarates über den Zugang zu amtlichen Dokumenten vom 27.11.2008	244
3. Vereinheitlichung statt Zersplitterung	245
Anhang	
Erster Teil: Übersichten und Checklisten	247
I. Struktogramm: der „Baum der Erkenntnis“ (→ Rn. 833)	247
II. Checkliste: Welche(s) Quelle (Recht) für welche Information?	248
III. Stadien der verfahrensabhängigen Akteneinsicht (mit Rechtsgrundlagen)	249
IV. Ablauf des Zwischenverfahrens nach § 99 Abs. 2 VwGO (in camera) → Rn. 990 ff., 1024 ff.	250
V. Checkliste: Utensilien für die Akteneinsicht	250
VI. Checkliste: Akteneinsicht in sieben Schritten	251

Inhaltsverzeichnis

Zweiter Teil: Muster für Schreiben und Schriftsätze	252
I. Schreiben im Verwaltungsverfahren	252
1. Akteneinsicht im verwaltungsrechtlichen Fall (Erschließungsbeitrag)	252
2. Akteneinsicht im umweltrechtlichen Fall (UIG)	253
3. Akteneinsicht im bauplanungsrechtlichen Fall	254
a) Bereits verkündeter Bebauungsplan: § 10 Abs. 3 S. 2 BauGB	254
b) Noch nicht verkündeter (sondern gerade ausliegender) Bebauungsplan	255
4. Akteneinsicht im bauordnungsrechtlichen Fall	256
II. Schriftsätze im Verwaltungsprozess	257
1. Klageanträge zur Durchsetzung der Akteneinsicht (als Hauptsache) ...	257
a) Einsicht in Ausländerakten (nach § 29 VwVfG)	257
b) Informationszugang nach UIG	257
c) Informationszugang nach IFG (NRW)	258
2. Zwischenverfahren (in camera)	258
a) Antrag nach § 99 Abs. 2 VwGO (gegen verweigerte Aktenvorlage)	258
b) Antrag nach § 99 Abs. 2 VwGO gegen Offenlegung (→ Rn. 1044)	258
3. Einstweilige Anordnung (Fotokopien)	258
4. Akteneinsicht im Gerichtsverfahren (Textbaustein)	259
Dritter Teil: Deckblatt zur Archivierung	260
Sachverzeichnis	261